

Bezugspreis:
Stückpreis 4,50 RM, monatlich 1,50 RM
für ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pf. Holzdruck: Monats-
lich 1,50 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
3.— RM. für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Vollbestellungen nehmen an: Adema-
rkt, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz. Eingetragen in die
1913-jährige Preisliste.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 5. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gefährdung des Friedens.

Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Erklärung des Reichskanzlers über die Gefährdung der Friedensverhandlungen mit Rußland, die wir an anderer Stelle wiedergeben und die in Berlin seit gestern mittag bekannt ist, hat sich auf die Stimmung unseres Volkes wie eine schwarze Wolke gesenkt.

Vieles ist in den letzten Tagen geschehen, was man nur schwer versteht. Am schwersten versteht man aber dies: Noch bis zum gestrigen Tage atmeten alle offiziellen Erklärungen über die Aussichten von Brest-Litowsk rosige Luft. Ueber die Wirkung des Vorschlages, den die Mittelmächte am 28. Dezember in Brest-Litowsk erstattet hatten, erfuhren wir nichts. Gestern erklärte nun der Reichskanzler, man habe sich vorläufig auseinandergesetzt, weil die Russen in Stockholm weiterzuziehen, die Mittelmächte aber in Brest-Litowsk bleiben wollten. Als weiteren Grund der Mißbilligung gab der Reichskanzler an, daß die russische Presse den Mittelmächten „insinuiert“, d. h. unterstellt hätte, sie wollten sich in illoyaler Weise ihrer Aufgabe betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen.

Es tut uns leid, sagen zu müssen, daß entweder die Information, die der Reichskanzler dem Hauptausschuß des Reichstages gegeben hat, nicht vollständig ist, oder die Petersburger Telegraphenagentur etwas berichtet, was nicht richtig sein kann. Nach einem Telegramm der Petersburger Agentur, das in der dänischen Presse vom 3. Januar abgedruckt ist, soll die russische Delegation schon am 28. Dezember eine scharfe Erklärung abgegeben haben, in der gesagt wird, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkannten das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Worten an, wollten aber in Wirklichkeit Annexionen vornehmen. Diese Erklärung, die, wie gesagt, auch sonst in sehr scharfen Formen abgefaßt ist, steht in Widerspruch zu dem deutschen Bericht über die Verhandlungen vom 28. Dezember, wonach der Vorsitzende der russischen Delegation Joffe die Verhandlungen mit einer sehr freundschaftlichen und hoffnungsvollen Rede verlor.

Eine schnelle Klärung dieser Widersprüche ist dringend notwendig.

Jedenfalls liegt die Annahme nahe, daß die Differenz Stockholm-Brest-Litowsk nur eine vorgeschobene ist. Wäre man einander sachlich näher gekommen, so hätte man sich auch über die Frage, wo weiterverhandelt werden soll, leichter geeinigt. Da man aber am 28. Dezember sachlich sehr weit auseinander kam, gewinnt die Frage des Verhandlungsorts eine Schärfe, die sie sonst nicht hätte annehmen können.

In einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, die zeitlich der Erklärung des Reichskanzlers folgt, wird übrigens angegeben, daß die russische Regierung den Vorschlag gemacht habe, die Verhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen und daß die Mittelmächte dies abgelehnt hätten. Daraus geht hervor, daß den Mittelmächten nicht nur Stockholm, sondern auch jeder andere Ort im neutralen Ausland unerwünscht ist und daß sie nirgends anderswo weiterverhandeln wollen als in Brest-Litowsk. Die Aussichten, zu einer Einigung über den Verhandlungsort zu kommen, werden dadurch, wie man sieht, nicht gerade verbessert.

Indes, wie gesagt, in dieser formalen Frage würde sich ein Ausweg finden lassen, wenn die sachlichen Gegensätze ausgeglichen werden könnten. Besteht dazu eine Möglichkeit oder besteht sie nicht? Um diese Frage beurteilen zu können, muß man zunächst wissen, ob die von der Petersburger Telegraphenagentur wiedergegebene russische Erklärung echt ist oder nicht. Haben die russischen Unterhändler die Auffassung der Mittelmächte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wirklich als „lächerlich“ bezeichnet und gesagt, die Mittelmächte streben in Form des Selbstbestimmungsrechts Annexionen an, dann wird ein Weg zur Verständigung wahrlich nicht leicht zu finden sein.

Auf der anderen Seite weist Graf Hertling die Insinuation, die Mittelmächte wollten sich in illoyaler Weise ihrer Aufgabe entziehen, mit größter Entrüstung zurück. Da die Mittelmächte, nach der Erklärung des Reichskanzlers, an ihrer Forderung vom 25. Dezember festhalten, so ist es wichtig, sich deren Inhalt ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie sagt in der Hauptsache folgendes:

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsschuldigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen,

Der Streit um den Verhandlungsort.

Brest-Litowsk, 4. Januar. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbündmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der vier verbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. M. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbewirrt festgehalten. Sie erklären freierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorkriegenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Weiter wurde von den Vertretern der Mittelmächte am 25. Dezember erklärt:

Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Ueber die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Dies ist in der Hauptsache die Erklärung, an deren Logalität die deutsche Regierung keinen Zweifel gestattet. Nun schlug aber die russische Regierung vor, daß die Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden sollten, worauf dann eine unbeflügelte Volksabstimmung über die künftige Zugehörigkeit oder Selbständigkeit dieser Länder erfolgen sollte. Die Regierungen der Mittelmächte gingen aber auf diesen Vorschlag nicht ein. Die deutschen Vertreter schlugen vielmehr vor, den ersten beiden Artikeln des zu schaffenden Präliminarvertrags nachstehende Fassung zu geben:

Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestanden vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundfäden, für alle im Verbands des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden.

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Grundbedingungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. — Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorkriegenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Befreiung der schon vorliegenden Fortrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgenbeim militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Der Reichskanzler hat nun gestern erklärt, Artikel 1 und 2 seien „lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt und die deutsche Regierung könne davon nicht abgehen“.

Die Tatsache läßt sich aber nicht aus der Welt schaffen, daß die Erklärung vom 28. Dezember auch in Deutschland als ein sehr stark einschränkender Kommentar zu der Erklärung vom 25. Dezember aufgefaßt worden ist. Gestützt auf die Versicherung, es sei den Mittelmächten mit ihrer Erklärung vom 25. Dezember völlig Ernst, hat die Reichstagsmehrheit am 2. und 3. Januar den Versuch unternommen, für die Erklärung vom 28. Dezember eine andere Fassung vorzuschlagen. Danach sollten die Beschlüsse der jetzt in den besetzten Gebieten bestehenden Körperschaften nur vorläufige Geltung haben, der endgültige Entscheid sollte aber von demokratischen Volksvertretungen gefällt werden, die nach der Räumung der besetzten Gebiete zu wählen gewesen wären.

Wenn nun das Wort des Reichskanzlers, daß die deutsche Regierung von Art. 1 und 2 nicht abgehen könne, in seinem strengsten Sinne zu nehmen wäre, dann hätten auch die aus der Mitte des Reichstags heraus gestellten Vorschläge keine Aussicht, bei der Regierung Entgegenkommen zu finden. Der heutige Tag muß zeigen, ob die Annahme zutrifft oder nicht.

Nach alledem ist nicht zu viel gesagt, wenn man die Situation als ganz außerordentlich ernst bezeichnet. Es ist, als ob es nach einem ersten Aufsteigen plötzlich wieder ganz dunkel geworden wäre, nur die Verhandlungen mit den Ukrainern brennen noch als flackerndes Flämmchen. Kann man, darf man es glauben, daß die Welt wieder einmal am Grabe einer Hoffnung steht?

Die Stellung der Sozialdemokratie ist bekannt. Sie vertritt die Auffassung, daß dieser Krieg nur durch einen demokratischen Frieden ohne Annexionen beendet werden kann. Sie wünscht, daß die westlichen Grenzländer des russischen Reiches in völlig freier, unbeflügelter Abstimmung über ihr eigenes Schicksal entscheiden sollen. Sie sieht in dem raschen Zustandekommen eines dauernd beide Völker in Freundschaft verbindenden deutsch-russischen Friedens eine Lebensfrage ihres Volkes, zu dem sie in diesen dreieinhalb furchtbaren schweren Jahren gestanden hat und weiter stehen wird. Sie ist gewillt, alles zu tun, um das angestrebte Ziel trotz aller Schwierigkeiten zu erreichen, aber Opfer der Ueberzeugung zu bringen ist sie nicht gewillt.

Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Vielleicht zur wichtigsten seit dem 4. August 1914.

Der Reichskanzler über die Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses wurden am Freitag vormittag fortgesetzt. Auch zu dieser Sitzung war der Jubel ausserordentlich groß.

Hr. Graf Westarp (konf.) bringt die schwersten Bedenken zum Ausdruck, die er und seine Freunde zu den Vorgängen in Brest-Litowsk haben. In den weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist man betroffen darüber, daß man in Brest-Litowsk abermals den allgemeinen Frieden angeboten hat. Rußland ist aus den Reihen unserer Feinde ausgeschieden. Unsere militärische Lage ist glänzend. Unter diesen Umständen bedeutet ein allgemeines Friedensangebot den Verzicht auf alles, was mit deutschem Blute erkämpft worden ist. Diese Gefahr ist ja nun durch das Verhalten der Entente beseitigt. Das Friedensangebot vom 25. Dezember ist im feindlichen Ausland als Schwäche ausgelegt worden und mußte unter diesen Umständen kriegsverlängernd wirken. Dieser Schaden muß zunächst wieder gutgemacht werden. Das weite Entgegenkommen an die Bolschewiki war nicht nötig. Die uneingeschränkte Anerkennung des Grundgesetzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker erscheint ganz unmöglich. Wir müssen uns

losgesagen von dem Angebot vom 25. Dezember und dürfen auf keinen Fall in eine Verlängerung der heute ablaufenden Frist einwilligen. Wir haben nicht die unbedingte Ueberzeugung, daß der Kanzler mit dem nötigen Druck in dieser Richtung wirken wird. Es muß jetzt direkt erklärt werden, daß wir im Besten keinerlei Rücksicht mehr nehmen und auf Gebietserwerbungen nicht verzichten. Dieses Entschließen ist das beste Mittel, den Krieg zu verkürzen. Fortgesetzte Nachgiebigkeit reizt unsere Feinde geradezu dazu auf, immer neue Forderungen zu stellen und die Hoffnung zu nähren, doch noch eine Abtretung Schlaf-Notbringens zu erreichen. Hier hilft nur scharfes Auftreten. Wir wünschen auch einen baldigen, dauernden Frieden mit Rußland, ob etwa der jetzt ein-

geschlagene Weg richtig ist, im Hinblick über alle Einzelheiten zu sprechen, erscheint zweifelhaft. Der Weg über das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist falsch.

Vollständiger Fehrweg (unterbrechend): Der Reichskanzler wünscht eine Mittelung zu machen, die für den Gang der Verhandlungen von Einfluß sein dürfte.

#### Reichskanzler Graf Hertling:

Der Herr Botschafter hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß die Verhandlungen von West-Litauen verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm fortgesetzt werden könnten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von West-Litauen nach Stockholm vor. (Hört! hört!) Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorzuschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen wollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlichen großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petrograd haben müssen — die direkten Verbindungen, die in West-Litauen angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Schon dieser Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können, dazu kommt, daß die Nachrichten der Entente, um Nachrichten zu sein zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär von Bülowen beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo!)

Inzwischen sind in West-Litauen Vertreter der Ukraine eingetroffen und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich sage noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Mobilisten der Klärung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen.

In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 angedeutet sei, wie wir uns in ähnlicher Weise unsere Forderung, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen.

Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir haben uns auf unsere Machterklärung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht.

(Lebhaftes Bravo!)

Hg. Hübner (Hortik.) fordert

#### Unterbrechung der Verhandlungen,

um in der Fraktion die Möglichkeit zu geben, über die neu-geschaffene Situation zu beraten.

Hg. Schönbauer (Soz.) schlägt sich diesem Vorschlag an, fordert aber, die Verhandlungen am nächsten Sonntag fortzusetzen.

Hg. Haase (Unabh. Soz.) erklärt sich gegen den Abbruch der Beratungen. Die Dinge sind so gekommen, wie sie kommen mußten.

Hg. Fröb. v. Camp ist ebenfalls gegen eine Unterbrechung der Verhandlungen.

Hg. Orzberger beantragte, die Sitzung auf Sonntagabend vor-mittag 10 Uhr zu vertagen.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und die Sitzung geschlossen.

## Das Organ Asquiths über die Vorschläge vom 25. Dezember.

Bern, 4. Januar 1918. (Privattelegramm.) Die „West-minster Gazette“ vom 2. Dezember enthält einen von Reuters nicht verbreiteten Artikel über das deutsche Friedensangebot. Sie schreibt, Deutschland bleibe der Form nach einen Frieden ohne Annexionen und Kriegentschädigungen an. Sein Verhalten bezüglich Belgien, Norland und Litauen zeigt aber, daß Annexionsziele auch unter anderem Namen erreichbar sind. Deshalb müssen wir ab-warten, was die genauen Absichten Deutschlands sind, jedenfalls müssen wir anerkennen, daß die Regierungen der Entente-mächte zum erstenmal die deutsche Reichserklärung offiziell angenommen haben. Dies ist ein Gewinn. Wir müssen jetzt offen antworten. Laßt und offiziell eingehen, daß die Rückgabe Armeniens und Palästinas an die Türkei für uns unannehmbar ist,

und erklären, daß eine dauerhafte Regelung in Europa unmöglich erscheint, solange nicht ein ehrlicher Versuch gemacht worden ist, die

#### alte Wunde Elsass-Lothringens

zu heilen. Laßt und vor allem aber nachdrücklich die Haupt-ziele der Alliierten bezeichnen, nämlich

#### Selbstbestimmung, Abrüstung und Weltorganisation,

die es allen ermöglicht, zu leben und leben zu lassen. Terri-torialfragen sollen vom Erfolg, den wir bei Festigung der Grundlagen des Völkerbundes erzielen, beherrscht werden. Territorialfragen sind un-lösbar, wenn die Welt nach dem Kriege dieselbe sein wird wie vor dem Kriege. Man dürfe sie durch Verhandlung regeln, wenn Sicherheit besteht, daß Recht und Treue an Stelle von Macht und Willkür herrschen werden. Es dürfte einen speziellen Grund haben, daß Caernia zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt worden ist, der Anfang Oktober leidenschaftlich erklärte,

der Weg zum Dauerfrieden sei Abrüstung und Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit.

Laßt und herausfinden, ob er noch immer den Oberstandpunkt vertritt.

## Lebhafte Artilleriekämpfe an der Westfront — Englische und deutsche Einzelvorstöße.

Amlich. Großes Hauptquartier, 4. Januar 1918. (W. Z. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Ganz an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klare Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanal stattfanden, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Mesures und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuss von der Erde 23 Flugzeuge und 2 Jett-schasser. Oberleutnant Voerger errang seinen 20. Luftsieg.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

An der

#### Mazedonischen und Italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 4. Januar 1918, abends. Amlich.  
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Richtamtlich. Wien, den 4. Januar 1918. Amlich  
wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

## Bulgarien und Rußland.

Sofia, 2. Januar. (Meldung der Bulgariischen Tele-graphen-Agentur.) Die mit der Regelung der Frage des Austausches der Kriegsgefangenen und der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland betraute Abordnung reist heute abend ab. Die Abordnung steht unter der Führung des bevoll-mächtigten Ministers Tschaporaschikow.

## Huysmans von der englischen Arbeiterpartei eingeladen.

Stockholm, 3. Januar. Die „Socialdemokraten“ mittels hat der Sekretär des holländisch-skandinavischen Komitees, Caville Huysmans, von der „Labour Party“ eine Einladung erhalten, an deren Kongreß in Nottingham teilzunehmen. Das russisch-holländisch-skandinavische Ko-mitee beschloß in einer besonderen Sitzung, daß er der Einladung Folge leisten solle. Außerdem sollen Vertreter für Dänemark, Norwegen und womöglich auch für Holland am nächsten Montag die Lage weiter überlegen. — In Huysmans Einladung erfährt „Tribünen“ noch, daß auf dem Kongreß in Nottingham am 23. Januar vor allem die auswärtige politische Lage und die Stellung der englischen Arbeiterpartei zu derselben behandelt werden sollen. Vielleicht wird sogar eine direktere Aktion zur An-nahme des allgemeinen Friedens beschlossen werden.

Im Augenblick verläßt der Zwischenfall von West-Litauen den Kriegsschauplatz der Entente wieder Oberwasser, und die Aussichten einer Friedensaktion im Westen werden dadurch stark herabgesetzt. Es bleibt nur zu hoffen übrig, daß die internationale Lage bis zum 23. Januar wieder eine Besserung im Sinne des allgemeinen Friedens erfahren wird.

## Litauischer Kuddelmuddel.

W. Z. B. dementiert sich! — „Das neue Litauen“ auch!

Das offizielle Volksbureau meldet recht kleinlaut:

Berlin, 4. Januar. In der gestrigen und aus Bern über-mittelten Erklärung des Litauischen Nationalrates in Louvain über die Forttrennung Litauens von Rußland wird uns mitgeteilt, daß sich in der Erklärung insofern ein Irrtum be-findet, als die von allen Litauern anerkannte Stelle nicht der Nationalrat in der Schweiz, sondern der Litauische Landesrat ist.

Also unser offizielles Telegraphenbureau weiß selbst nicht genau, welche Stelle die „von allen Litauern anerkannte“ ist, und muß sich in diesem Punkte von einem Tag zum anderen berichtigen. Wie kann man aber dann von der ganzen Welt verlangen, daß sie die Stimme des Litauischen Landrates als die einzige wirkliche Stimme des litauischen Volkes anerkennt, wenn selbst W. Z. B. darin nicht ganz sicher geht?

Dies ist nun ein ganz kleiner „Zwischenfall“ neben einem sehr großen, doch fällt von diesem auf jenen ein recht be-zeichnendes Licht.

Die Tinte, mit der diese Worte geschrieben wurden, war noch nicht trocken, als ein studierendes Völkchen unseres zuständigen Westamts mit einem Rohrpostbrief eintraf, der folgendes ent-hielt:

Der Verlag „Das neue Litauen“ ist beauftragt mitzuteilen, daß die gestrige Verleumdung durch den in der Mitteilung in der Presse gebrauchten Ausdruck „Staatsrat“ hervorgerufen wurde. Ein solcher Staatsrat existiert nicht; da nur dem Litauischen Landesrate von dem litauischen Volke die Vertretung übertragen worden ist. Die Unabhängigkeitserklärung, die als vom Nationalrat ausgehend zur Unterrichtung des Auslandes verbreitet wird, trägt das Mißverständnis auf. Dieser Nationalrat in der Schweiz existiert mit Frau und Kind und ist von allen Litauern, auch vom Litauischen Landesrat, als Vertretung für das Ausland anerkannt worden. Ueber seine Erklärung hat der Nationalrat insofern die durch die gegen-wärtigen Postverhältnisse entstehenden Verzögerungen den Landesrat nicht rechtzeitig berück-sichtigen können.

Staatsrat, Landesrat, Nationalrat, hat man schon ein schöneres Durcheinander beismengelesen? W. Z. B. ist wesentlich entlastet, da sich nun herausstellt, daß sich die Litauer selbst in diesem Kuddelmuddel nicht mehr zurecht finden. Man erfährt bei dieser Gelegenheit aber doch mit einiger Bestimmtheit, daß der Litauische Landesrat in Litauen vom Litauischen Nationalrat in der Schweiz seine Direktiven erhält — soweit die Postverbindung nicht versagt. Ein un-bedingt anzuerkennendes Organ des litauischen Volkswillens aber besteht zurzeit noch nirgends!

## Schweden erkennt Finnlands Unabhängigkeit an.

Stockholm, 4. Januar. Der König beschloß im heutigen Ministerrat Finnland als unabhängigen Staat an-zuerkennen.

Der schwedische Ministerpräsident hatte vor einigen Tagen im Anschluß an den lebhaften Wunsch, Finnland als un-abhängigen Staat begrüßen zu können, bemerkt, diese Frage nach dem Eintritt eines neuen Staates in das europäische Staatensystem hänge noch von anderen Umständen ab, wie der Möglichkeit einer Übereinkunft zwischen Finnland und Rußland und der Haltung anderer Mächte. Dieser Vorbehalt stimmte überein mit dem, was der deutsche Reichskanzler der finnischen Abordnung (die gegenwärtig in Kopenhagen weil-t) sagte. Er wies darauf hin, daß eine Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands durch Deutschland von einer Verständi-gung Finnlands mit der russischen Regierung abhängen, und fügte hinzu, daß Deutschland sich gegenwärtig mit Rußland in Friedensverhandlungen befinde. Der jetzt in Schweden ge-lachte Beischluß schiebt also das Jögern, das noch vor einigen Tagen galt, beiseite.

## Buchanans Abreise aus Petersburg.

Rotterdam, 4. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 3. Januar, daß der britische Bot-schafter Buchanan krankheitshalber Petersburg verlassen habe. Die britische Kriegsmission sei ebenfalls ab-gereist.

## Die inneren Kämpfe in Rußland.

Linkssozialrevolutionäre im Rat der Volksbeauftragten.

Die „Times“ veröffentlicht am 28. Dezember ein Telegramm aus Petersburg, in dem es heißt: Die „Regierung“ hat dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre sieben Plätze unter den Volkskommissaren eingeräumt. Dieser Schritt war die Folge des Umstandes, daß die Sozialrevolutionäre über die Mehrheit in der konstituierenden Versammlung haben werden. Das neue Element in der Regierung dürfte dafür sorgen, daß die Volkswirtschaft weniger scharf gegen ihre Gegner auftreten als bisher. Was aber die Friedensfrage betrifft, besteht offenbar keine Mei-nungsverschiedenheit.

Aus Gorkis „Kowaja Schisnj“, dem Organ der „bereinig-ten Internationalisten“ (die Linke der Sozialdemokratie Zimmer-walders Richtung), sei folgende bezeichnende Kritik der bolschewistischen Maßnahmen, die sich gegen die Zusammensetzung der Konstituante richtet, wiedergegeben: Die bolschewistische Obrigkeit mag es nicht die Konstituante offen und geradeheraus auseinandersetzen. Sie weiß, daß weder aufgestellte Arbeiter, noch aufgestellte Sol-daten dazu ihre Hand bieten werden, sich mit der Schandrolle der Helfer des Volksparlamentes zu befassen. Daher haben sie einen Plan ausgedacht, die Konstituante abschnittsweise zu sprengen: fürs erste wollen sie die ladetischen Abgeordneten als „Feinde des Volkes“ erklären und in die Gefängnisse schicken; dann, nach Weg-gabe des Bodarfes, werden ihnen die rechtsstehenden Sozialisten weiter auch die gemäßigten Sozialisten folgen, bis die Konstituante allein aus den Bolschewiki und ihren treuen Waffentragern, den Linken der Sozialrevolutionäre, gebildet bleiben wird. Ein schlauer Plan, ohne Zweifel! Nutzen aber deren Väter der Realität der Arbeiter und Soldaten nicht zu viel zu?

Diese Kritik ist einer Dezembernummer des Gorki-Blattes ent-nommen. Nach einer Stockholmer Meldung berichtet „Kowaja Schisnj“ neuerdings, die Bolschewiki hätten ihre Stellung zur Verfassungskonstituierenden Versammlung verändert. Diese solle jetzt am 4. Januar zusammentreten unter der Bedingung, daß ihre nichtbolschewistischen Mitglieder die Bolschewikiregierung zuerst an-erkennen.

#### Fortschritte der Bolschewiki in der Ukraine.

Amsterdam, 4. Januar. „Times“ meldet aus Petersburg: Berichte aus dem Süden bestätigen, daß Charkow jetzt ganz in den Händen der Maximalisten ist, die dort ansehnliche Streit-kräfte zusammengelen. Die Kosakenbezirke geben Kaledin für die Verteidigung ihres Gebietes so gut wie diskontinuelle Macht. Es kam zu Gefechten zwischen Kosaken, die gegen Kaledin sind, und Anhängern Kaledins.

Petersburg, 3. Januar. (Meldung der Petersburger Tele-graphen-Agentur.) Die Regierung der Sowjets in der Ukraine gewinnt dauernd an Ansehen. In Jekaterinoslaw befindet sich die Macht vollständig in den Händen der Sowjets. Die Vorbereitungen zur Abhebung von Getreide nach dem Norden werden beschleunigt. Der Einfluß der Bolschewiki dehnt sich täglich weiter aus.

#### Bauernkongresse.

Petersburg, 4. Januar. (Meldung der Petersburger Tele-graphen-Agentur.) Am 17. Dezember wurde in Samara der 1. Kongreß der Bauern eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Bolschewik Ermolenko gewählt. Der Kongreß der Sowjets der Bauern und Arbeiter und die durch sie eingesetzte Behörde ent-boten ihre Grüße der Regierung der Volkskommissare, der vier Fünftel der Sozialrevolutionäre der Linken angehören. Gestern wurde in Moskwa eine Sitzung des Bauernkongresses des Gouvernements eröffnet; 7 stimmberichtigte Abgeordnete sind hierzu eingetroffen. Die Mehrheit der Abgeordneten besteht aus Bolschewiki und linksstehenden Sozialrevolutionären. In das Präsidium wurden ausschließlich Bolschewiki und linksstehende Sozialrevolutionäre gewählt.

Der Bauernkongreß des Gouvernements Pskow beschloß, als Abgeordnete für die Verfassungskonstituierende Versammlung das Mitglied der sozialrevolutionären Partei Pokrowski vorzuschlagen. Pokrowski verzichtete auf seine durch den Zentralausschuß vorge-schlagene Kandidatur, weil seine Richtlinien nicht mit denen der Bauern des Gouvernements Pskow übereinstimmen.

Das Gouvernement Mohilew wählte Skentiew zum Mitglied der Verfassungskonstituierenden Versammlung. Die Volksversammlung der Bauern der Arbeiter von Orcha Toparnaja drückte ihr Mißtrauen gegenüber Skentiew hinsichtlich seiner Berufung zur Verfassungskonstituierenden Versammlung aus.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen im Monat Dezember 1917 nachstehende Beiträge ein:
Z.-Berlin 100 M.; R. D. Schöneberg 50 M.; Al.-Charlottenburg 8 M.; Frau M. Friedenau 1 M.; P.-Berlin 10 M.; S.-Neukölln 20 M.; E.-Berlin 10 M.; B.-Berlin 10 M.; Angestellte der Hauptexpedition des „Vorwärts“ 24,50 M.; G.-Lübeck 5 M.; St.-Berlin 20 M.; R.-Dorf 2 M.; Dr. A.-Berlin 50 M.; R.-Charlottenburg 300 M.; P.-Berlin 5 M.; S.-Berlin 50 M.; R.-Hamburg 50 M.; Flugzeugfabrik Hennigsdorf, Abt. Werkzeugbau durch H. 30 M.; M.-Rehdenhof 20 M.; S.-Vieltefeld 50 M.; R.-Berlin 10 M.; L.-Dülsdorf 20 M.; C. A.-Berlin 5 M.; S.-Charlottenburg 8 M.; Angenann-Fork 10 M.; B.-Berlin 5 M.; v. B.-Berlin 10 M.; J. B.-Berlin 5 M.; S.-Berlin 5 M.; Mgtl.-Verlamm. Bonlow-Schönhagen 22,40 M.; Kapelle eines L.-M. 21 M.; B.-Berlin 10 M.; B.-Berlin 9 M.; R.-Hohenalza 10 M.; R.-Berlin 15 M.; R.-Berlin 1,50 M.; S.-Wilmersdorf 30 M.; R.-Neustettin 7 M.; 2. M.-Berlin 1 M.; Weismann G. 2 M.; L.-Wilmersdorf 7 M.; R.-Dorf 3 M.; Sch.-Ebern 3 M.; G.-Berlin 5 M.; B.-Schöneberg 5 M.; R., im Felde gesammelt 20 M.; gesammelt von Frau B.-Berlin 14 M.; Dr.-Rehdenhof 20 M.; R.-Wolffried 2,40 M.; von einem Offizier 100 M.; Sch.-Eplingen 2 M.; R.-Berlin 20 M.; P.-Borsum 5 M.; R.-Berlin 1 55 M.; S.-Borsum 3 M.; B.-Berlin 5 M.; R.-Benzig 10 M.; Frau R.-Berlin 1 M.; Sch.-Berlin 3,05 M.; B.-Daraen 5 M.; R.-Rannheim 5 M.; S.-Berlin 50 M.; R. durch IV. Berl. Wahl. 5 M.; W. C.-Halberstadt 500 M.; B.-Weppen 12 M.; P.-Ligwitz 3 M.; Dr. S.-Effen 5 M.; R.-Effen 15,75 M.; E.-Eberfeld 10 M.; S.-Reichenwalde 2 M.; S.-Kastell 5 M.; S.-Wgt auf Föhr 5 M.; B.-Berlin-Lankwitz 50 M.; V.-Langendreer 15 M.; R.-Kensfelde 2 M.; gesammelt von Frau A.-Wapertisch-Jell 32 M.; von Beamten d. Daimlerwerke 17 M.; B.-Berlin 10 M.; Frau A.-Rostk 10 M.; S.-Rürnberg 3,05 M.; B.-Berlin 10 M.; Arm.-Soldat W. 4 M.; S.-Brennig 10 M.; G.-Wittorf 5 M.; mehr. Patr. Art. in A. 3 M.; S. S. Heiligenhafen 5 M.; Frau R.-Reulden 5 M.; Frau D.-Dorf 10 M.; v. B.-Leipzig 10 M.; 8 Genossen i. Ref.-Lag. D. durch J. 4 M.; R. M. R. durch S. 27 M.; R.-Düffelhof 10 M.; M.-Reulden 7,50 M.; Mannich, ein. Etapp.-Korps-Dep. 26 M.; Th.-Hamburg 20 M.; Geir. G. 8 M.; S.-Wärzburg 10 M.; Tangelhof 20 M.; S. Gewächsmesser H. 3 M.; S.-Hamburg 55,55 M.; P.-Charlottenburg 5 M.; Geir. R. 33 M.; S.-Hörsingberg 5 M.; Kameraden eines Gen.-Regt. 3 M.; G.-Hamburg 5 M.; A.-Durlach 10 M.; aus d. Felde durch P. 1 M.; aus d. Felde durch B. 2 M.; C. 37-Berlin 10 M.; S.-Spandau 5 M.; D. u. mehr. Kamerad. 4 M.; 8 schwab. Pioniere 8 M.; P.-Baldorf 5 M.; Landhürmann G. 5 M.; Gefreite W. u. H. 20 M.; S. Gewächsmesser H. 7 M.; Pionier L. 5 M.; Geir. R. 20 M.; Ranon. G. 4 M.; Geir. A. 1,50 M.; Obergefr. B. 3 M.; P.-Gorrenum 10 M.; Wiffa. L. 8 M.; Geir. L. 7 M.; Mannich, e. Bayer. Fuß.-Art.-Reg. 10 M.; Karl-Komp. d. Pion. S. 72 M.; 8 Kam. v. e. R. J. R. 11 M.; Wiffa. D. 5 M.; Kam. e. Bayer. Arm.-Gat. 9 M.; Dieselhof 8 M.; Wiffa. G. 5 M.; Weismann G. 1 M.; 4 Kam. einer B. R. 4 M.; R.-Berlin 0,50 M.; 4 Feldgrau d. Karl 4 M.; R. M.-Berlin 5 M.; S.-Berlin 0,50 M.; 7 Landf.-Männ. durch A. 15 M.; Arb. u. Arbeiterinnen d. Fa. Gross u. Groß-Hörsinghaus, durch W. 70 M.; R.-Berlin 10 M.; Telegrafist G. 5 M.; einiae Feilbar, durch R. 13 M.; Feldgrauer R. 3 M.; R.-Berlin 4,30 M.; Gesammelt v. C. B.-Berlin 7,50 M.; Ledimann R. 2,30 M.; Ledimann. R. 5 M.; Schäge B. 40 M.; Obermair. U. 10 M.; Garbesf. B. 3 M.; May. R. 5 M.; 7 Post.-Männ. u. 8 Fuß. durch J. 12 M.; Ledimann D. 20 M.; Parteigen. bei ein. Marinekommando d. Ostens 26,60 M.
Berlin, den 31. Dezember 1917.

Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postcheckkonto Nr. 7918 Fr. Barthele, F. Ebert, D. Braun beim Postcheckamt Berlin eingezahlt werden.

Groß-Berlin

Öffentliche Kohlenbewirtschaftung und Einführung der Kundenliste.

Am 20. Dezember v. J. beschäftigte sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, durch den der Magistrat ersucht wurde, die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen und die Kundenliste einzuführen.
Die Versammlung beschloß, den Antrag der Kohlenkommission zur Erledigung zu überweisen, und die Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit. In der Verhandlung erfuhr die bekannte Denkschrift des Leiters der Kohlenstelle Groß-Berlin Oberleutnant H. Körte zunächst eine kritische Beleuchtung. Körte, der sich in der Denkschrift als sein grundsätzlicher Gegner der Kundenliste zu erkennen gibt, kommt infolge der vermeintlichen vielen Schwierigkeiten zur Ablehnung derselben. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde auf die mancherlei Widersprüche in der Denkschrift hingewiesen und auch der Magistratsvertreter betonte, wie es schon in der Stadtverordnetenversammlung geheißen war, daß der Magistrat die in der Denkschrift vertretene Auffassung nicht zu eigen mache.
Auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wurde zur Sache folgendes einstimmig beschloffen:
„Die Kohlenkommission beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen. Der Magistrat wird ferner ersucht, die Kundenliste sobald als möglich einzuführen und zur Durchführung dieser Maßnahmen in entsprechender Weise bei der Kohlenstelle Groß-Berlin hinzuwirken.“
In der Debatte sprach der Magistratsvertreter die Ansicht aus, die Einführung der Kundenliste werde sich für diesen Winter kaum ermöglichen lassen. Dies gab unseren Vertretern Veranlassung, energisch darauf hinzuweisen, daß der Winter noch circa drei Monate dauere und es unter allen Umständen ermöglicht werden müsse, die Kundenliste einzuführen, um den vielen berechtigten Klagen, insbesondere der ärmeren Bevölkerung, abzuhelfen.
An dem Magistrat wird es nunmehr liegen, sich den einmütigen Wunsch der Kohlenkommission zu eigen zu machen und bei der Kohlenstelle Groß-Berlin auch seinerseits das Nötige zu tun, damit einem allgemeinen Wunsch der Berliner Bevölkerung schleunigst Rechnung getragen wird.

Straßenbahnbetrieb und Kohlenersparnis.

Ein Korrespondenz verbreitet folgende Nachricht: Die Mitteilungen über Maßnahmen zur weiteren Einschränkung des Stromverbrauchs für den Straßenbahnbetrieb, die auf Anregung des Reichskommissars für Kohlenverteilung erwogen werden, können wie beständig. Es haben über diese Frage schon seit einiger Zeit vertrauliche Verhandlungen geschwebt, über deren Beginn wir berichteten und die jetzt zu einem gewissen Abschluß geführt haben.

Es sind eingehende Untersuchungen über die Art des Groß-Berliner Stromverbrauchs angestellt worden; das Ergebnis ist, daß sich weniger beim Lichtstrom als beim Kraftstrom noch einige Ersparnisse erzielen lassen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, wie weitere Verringerung der Haltestellen, mit denen die Große Berliner Straßenbahn schon vorgegangen ist, die Verringerung von Umwegen auf Außenstrecken, die Beschränkung des Sonntagsverkehrs können nicht als eigentliche Beschränkung des Straßenbahnverkehrs, namentlich des Arbeits- und Berufsverkehrs angesehen werden, da es sich hierbei hauptsächlich um technische Betriebsmaßnahmen handelt, die für die Fahrgäste weniger drückend hervortreten. Wegen einer weiteren irgendwie nennenswerten Einschränkung des Straßenbahnverkehrs selbst haben sich alle beteiligten Stellen Groß-Berlins mit Entschiedenheit ausgesprochen, da eine Verringerung des Platzangebots an den Waggons, insbesondere in den Verkehrsstunden, völlig ausgeschlossen ist. Immerhin werden die erwähnten kleineren Maßnahmen noch zu einer gewissen, wenn auch nicht sehr erheblichen Stromersparnis führen können, die infolge der Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung für die Groß-Berliner Stromwerke nicht zu umgehen ist.“

Wir werden zu der Frage Stellung nehmen, sobald genauere Nachrichten über die geplanten Maßnahmen vorliegen.

Zur Erleichterung der Kriegsbeschädigten.

Was Willensstärke bei richtiger Anleitung vermag, sah man gestern im wissenschaftlichen Theater der „Urania“ (Zauberschaufel) am Eldern aus dem Oriskanyischen Kaiserpalast in Görden bei Brandenburg. Ueber die Einrichtungen dieser Heilanstalt und über die Erfolge, die in ihr an Kriegsbeschädigten erreicht worden sind, sprachen die leitenden Ärzte Generaloberarzt Dr. Leu und Stadtkr. Dr. Kallwig. In Görden ist das medikamentöse Heilverfahren ergänzt und größtenteils ersetzt worden durch ein anderes, das mit dem Mittel des Turnens, des Spiels und des Sports die körperliche und zugleich die seelische Erleichterung der Kriegsbeschädigten anstrebt. Gerade die seelische Aufmunterung, die nicht von der Maschine, auch von der Funkenmaschine, gegeben werden kann, ist dem körperlich Zusammengebrochenen nötig. Der Schwerverletzte, der eines Armes oder eines Beines beraubt, muß so bald als möglich und so weit als möglich zum freien Gebrauch der ihm gebliebenen Glieder angeregt und erzoget werden, damit er im Belangen das Vertrauen zu sich selber wiedererlangt. Dr. Leu wandte sich gegen den Vorwurf, daß es Kokeit sei, Krüppel mit Leibesübungen zu quälen. Ein Zwang zur Beteiligung werde, versicherte er, niemals ausgeübt, nur ein Zwang zur Anwesenheit auf dem Spiel- und Übungsplatz, und dabei stelle sich dann in dem Zuschauer sehr bald auch das Verlangen nach Beteiligung ein. Von den Schwerverletzten selber werde das ihnen bekundete Mitleid keineswegs als wohltuend empfunden, sondern oft sehr schmerzhaft und derb abgelehnt. In den Lichtbildern und Kinofilms, die zur Erläuterung der Vorträge gezeigt wurden, machten die Versammelten allerdings keine traurigen Gesichter. Staunenerregend waren manche der Leistungen, die man sah, besonders die der Einbeinigen. Im Hochsprung ohne Sprungbrett brachte es ein Einbeiniger auf 1 1/2 Meter Höhe. Einbeinige und Einarme trieben den Ruderfort mit Eifer und Erfolg. Beim Vogelschießen wurde die für Einbeinige besonders schwierige Gleichgewichtsübung mit verblüffender Sicherheit zustande gebracht. Auch Bestitäten für Schwerverletzte gibt es in Görden. Sehr anschaulich wirkte ein Film, der die Einarmigen bei der Landarbeit zeigte. Ein 600 Morgen großes Gut, das zum Reserve-Lagarett gehört, wird von 150 Verblüfften bearbeitet.

Sänger und Prophet.

Die alten Germanen waren bekanntlich der Meinung, daß ihre Vorden außer dem Dichterberuf auch die Gabe besäßen, die Zukunft vorherzusagen. Die modernen Germanen sind von dieser Ansicht abgekommen, und die modernen deutschen Poeten, die neben ihrer Hauptbeschäftigung eines Nebenamtes bedürfen, ziehen es vor, einen praktischen Beruf zu ergreifen und als B. Bürgermeister von Berlin zu werden. Herr Reide hat bekanntlich diese Karriere eingeschlagen, und da die Mufen offenbar zufrieden damit sind, daß der Herr Bürgermeister einen Teil seiner Arbeitskraft außerhalb ihres Dienstes verwendet, so haben auch wir keine Veranlassung, deshalb Klage zu führen. Lediglich wird die Sache aber, wenn Herr Reide sich bemüht, neben seinem Vorden- und Bürgermeisteramt auch noch das eines Propheten auszuüben. Dieses geschah bekanntlich in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. November v. J., wo über die Schneefallprophetenordnung des Oberkommandos verhandelt wurde und der Herr Bürgermeister heftigst verurteilte, es könne sich bei der ganzen Geschichte nur um eine Vagante handeln, denn mehr als vier oder sechs, höchstens acht Schneefälle würden sich diesen Winter nicht ereignen. Jetzt ist kaum ein Fünftel der Winterzeit verstrichen und wir haben bereits den achten großen Schneefall gehabt. Was sagt Herr Reide zu dieser vom heiligen Petrus vollzogenen Desavouierung eines Prophetenberufs?

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 181 der Lebensmittelliste entfällt 1 Pfund Marmelade. Anmeldebüro sind der 6., 7. und 8. Januar. Die Abgabe der Abschnitte hat in den durch ein Ausschreiben: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittellisten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften zu erfolgen. Sobald die Ware dem Kleinhändler zufließt, wird er den Verkaufsbeginn durch Anschlag in seinem Geschäft anzeigen.

Hierzu sei bemerkt, daß entgegen anders lautenden Behauptungen die Verteilungen sofort vorgenommen worden sind, nachdem die Ware angeliefert wurde. Es wurden Mitte November 1 Pfund und Mitte Dezember wieder 1 Pfund Marmelade verteilt. Daneben wurde in Berlin im Dezember noch Rübenlatz und Ausflößig verteilt. Eine neue Verteilung steht auch hier bevor, sobald die seit langem erwartete Ware eintrifft.

Auf Abschnitt 28 der Süßstoffliste kann im Laufe dieses Monats ein Päckchen Süßstoff entnommen werden. Die Abschnitte 1-27 haben ihre Gültigkeit verloren und dürfen nicht mehr eingelöst werden.

Vom Dienstag, den 8., bis Sonntag, den 13. Januar, wird in den im Norden Berlins oberhalb des Humboldthains gelegenen Bezirken der 162 bis 166, 173, 185, 188, 190, 233 und 286. Bezirkskommission je 125 Gramm Käse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Ausschreibungen gekennzeichneten Geschäften gegen Vorzeigung und Abstempelung der Mittelstücke der zurzeit gültigen Speisekarten. Das Nähere ergibt sich aus der an den Anschlagstulen veröffentlichten Bekanntmachung.

Stadtverordnetenvorstand.

Die Erbgabewahl im 11. Wahlbezirk für den verstorbenen Stadth. Stadthagen findet Sonntag, den 13. Januar, von 10-8 Uhr statt. Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist der Rechtsanwalt Hermann Nathmann. Das Wahllokal für den 106. Stadbezirk befindet sich Schlesische Str. 9 bei Pohl, für den 107A. Bezirk Cuvrystr. 37 bei Reue, 107B. Bezirk Schlesische Str. 28 bei Paig, für die Bezirke 108A und B Wörlitzer Str. 52 bei Durlart, und für den 109. Bezirk Skaliger Str. 50 bei Wig.

Die Abgrenzung der einzelnen Bezirke wird in der nächsten Woche bekanntgegeben.

„Die Kerle von Flandern“. Mit diesem geschichtlichen Roman des flämischen Dichters R. G. beginnt der neue Jahrgang der

illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden“. Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die furchtbarsten Kämpfe im Kriege der Gegenwart sah. Die reichbewegte Handlung spielt an jetzt vielgenannten Orten; seine freudliche Tendenz und historische Wahrheit sichern ihm ein starkes Interesse. Die Bilder zeichnet Professor Josef Damberger, München. — Neben dem Hauptroman gelangt zunächst zum Abdruck: „Das Mädchen vom Moorhof“. Erzählung von Selma Lagerlöf, überetzt von Marie Franzos. Es ist die Geschichte eines armen, verachteten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes vor einem Meineid rettet. — Küber den Haupterzählungen bringt jedes Heft in reicher Abwechslung illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten; daneben Scherz, Rätsel und für die Frauen: Aus Haus und Küche. — „In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt jede Parteilichhandlung oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, entgegen. Wir empfehlen unseren Lesern auf die Zeitschrift zu abonnieren.

Beschlagnahme von Saftpapier. Die Beschlagnahme aller Mengen von Papier zur Herstellung geklebter Papierfäden ist angeordnet. Die Beschlagnahme umfaßt Veräußerungs- und Verarbeitungsverbote. Vom 20. Januar ab darf die Veräußerung und Lieferung von Saftpapier nur gegen einen Bezugsschein der Reichsdruckerei, Berlin, erfolgen. Die Verarbeitung von beschlagnahmtem Saftpapier zur Herstellung geklebter Papierfäden von mehr als 3000 Quadratmeter Saftflächeninhalt bleibt zulässig. Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Im Kinderwagen verbrannt ist die 1 1/2 Jahre alte Kneleise. Die Kleine lag in ihrem Wagen in der Küche neben der Kochmaschine, als ihre Mutter zur Brotkommission ging. Auf der Maschine stand die brennende Küchenlampe. Diese rief das Kind herüber und das Bettzeug geriet in Brand. Als die Mutter zurückkehrte, war die Kleine verbrannt.

Das Groß-Berliner Verkehrsdelikt. Ein bedauerlicher schwerer Unfallsfall, der auf die Unzulänglichkeiten im Straßenbahnverkehr zurückzuführen ist, hat sich am Spandauer Bod ereignet. Wie in Berlin und Vororten haben auch in Spandau starke Einschränkungen des Verkehrs stattgefunden, so daß die dortigen Verkehrsverhältnisse dem Bedürfnis bei weitem nicht genügen. Ein Soldat, der es wohl sehr eilig hatte, aber nicht mehr Platz auf dem Wagen finden konnte, schwang sich kurz entschlossen auf den hinteren Buffer des Wagens und machte so die Fahrt mit. Untermweg mußte der Zug infolge eines Defektes plötzlich auf offener Strecke halten, so daß ein unmittelbar dahinter folgender Straßenbahnwagen auf den Wagon aufstieß. Bei dem Zusammenstoß wurde der Soldat zwischen die beiden Wagen geklemmt und der rechte Fuß wurde ihm vollständig abgequetscht.

Da lohnt es sich! Fette Beute in des Vorties wahrer Bedeutung machten Einbrecher, die den Gutbesitzer Hermann Heine in Hohenbruch (Mark) heimgeludt haben. Die Diebe drangen nachts in das Wirtschaftsgelände ein und räumten tüchtig in der Vorratskammer auf. Ihnen fielen u. a. acht Speckseiten, vier prachtvolle Schinken, dreißig Pfund Schweineschmalz, achtzehn Pfund Gänsefett, zwei Pfund Butter, ein Schaf Fleece, das ganze von zwei Schweinen betäubende eingepökelte Fleisch, eine Anzahl Küchlein Konvertententrost und einundzwanzig Brote in die Hände. Obwohl das Gebäude bewacht wird, sind die Einbrecher unbemerkt entkommen.

Charlottenburg. Einmalige Kriegsteuerzulagen. Die von den Charlottenburger städtischen Behörden bereits grundsätzlich beschlossene einmalige Kriegsteuerzulage soll nach einer den Stadtverordneten zugangenen Vorlage des Magistrats nach drei Kategorien verteilt werden, und zwar für die Beamten und sonst dauernd angestellten Personen einschließlich der im Heeresdienst befindlichen eine Zulage von 200 M. für Verheiratete, dazu für jedes Kind 50 M., für Unverheiratete 150 M. für die städtischen Arbeiter, die laufende Kriegsteuerzulagen bisher in Form eines Kriegslohnzuschlages bezogen, wird an Stelle der einmaligen Zulage dieser Zuschlag vom 1. Januar 1918 ab um 15 Pf., das heißt von 25 Pf. auf 40 Pf. für die Arbeitsstunden erhöht. Die nicht dauernd beschäftigten Personen, die besonders festgelegte Kriegsbeihilfen beim Löhne beziehen, also die vorübergehend beschäftigten Bureauhilfsarbeiter und sonstigen Angestellten erhalten eine einmalige Kriegsteuerzulage mit Abstrichen je nach der Dauer ihrer bisherigen Beschäftigung von 100 M. für Verheiratete und geringeren Sätzen für Unverheiratete und für später als am 1. Juli 1917 Eingestellte nebst Kriegszulagen. Die vorgeschlagenen Einheitsätze sowie der Kreis der städtischen Empfänger stimmen mit den staatlichen überein. Die Kosten für die einmalige Zulage stellen sich überschläglich auf 800 000 Mark. Die dauernden Kosten für die Erhöhung der Löhne der Arbeiter auf monatlich 66 000 M.

Reußla. Säuglingsfürsorge. Der Bericht der städtischen Säuglingsfürsorge, der die Zeit vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1917 umfaßt, kann eine erfreuliche Steigerung der Fürsorgeleistung melden. Während im letzten Friedensjahr 38,1 Proz. der lebendgeborenen Kinder in Fürsorge genommen wurden, waren es im Jahre 1914/15 schon 51,5 Proz., 1915/16 63 Proz. und im letzten Berichtsjahr 1916/17 sogar 68 Proz. Trotzdem hat die Zahl der Besucher der Stellen einen ganz erheblichen Rückgang erfahren. Die Zahl der in Fürsorge Genommenen betrug 1913/14 2768, 1914/15 3393, 1915/16 3478 und im Jahre 1916/17 nur 2322. Dieser Rückgang in der Zahl der Kinder in Fürsorge ist lediglich auf den Geburtenrückgang zurückzuführen, der in Anbetracht des Umstandes, daß Reußlans Bevölkerung in derselben Zeit noch beträchtlich gestiegen ist und zum großen Teil aus Arbeitern in jungen und mittleren Jahren besteht, als sehr stark bezeichnet werden muß. So wurden im Jahre 1911 noch 6302 Kinder lebend geboren, 1912 6148, 1913 5771, 1914 5184, 1915 3895 und 1916 nur noch 2484 Kinder. In nur geringem Maße wird dieser Rückgang durch eine verminderte Sterblichkeit der Säuglinge ausgeglichen. So starben im Jahre 1914 noch 16,2 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre, während die Zahl im Jahre 1916 auf 12,4 Proz. gesunken ist.

Man wird sehr energische Mutterkür und Säuglingsfürsorge treiben müssen, um diese Zustände zu ändern.

Schöneberg. Lebensmittel. In den durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften findet vom Sonnabend, den 5. bis Dienstag, den 8. Januar, Voranmeldung statt für 1 Pfund Marmelade zu 40 Pf. auf Abschnitt 87 der Rahrnittelkarte. Für Jugendliche findet in derselben Zeit Voranmeldung statt für ein Viertelpfund Sago zu 30 Pf. auf Abschnitt 32 der Rahrnittelkarte für Jugendliche. Der Verkauf der Waren beginnt am Donnerstag, den 17. Januar. Nach dem 27. Januar sind die Händler zur Einlösung der Quittungsabschnitte nicht mehr verpflichtet.

Ausgegeben werden in der nächsten Woche 125 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 86 der Rahrnittelkarte und auf Abschnitt 31 der Rahrnittelkarte für Jugendliche statt einer zwei Wägen kondensierte Milch.

Die städtische Sparkasse erreichte Ende Dezember 1917 einen Einlagebestand von 100 Millionen Mark, woran 153 400 Sparer beteiligt sind. Die Sparkasse wurde ein Jahr nach der Stadteroberung Schönebergs, und zwar am 12. April 1899, eröffnet, besteht also noch nicht 19 Jahre. Sie besitzt neben der Hauptstelle



Die Grobquistorer.

Ein Kulturbild von Erka Sonntag.

Was der Mensch braucht, muß er haben, in erster Linie aber einen Bezauberer.

Ein Fräulein tritt vor den Tisch der Bezauberungswichtigen, umdrängt von der sie mit regem Interesse betrachtenden Bezauberungswichtigen Menge.

— Ja bitte, mit ein Paar Strümpfe zu bewilligen. Fräulein: Nur zwei Paar.

Die Dame hinter dem Tisch: Zwei Paar? Nun, damit kann man doch auskommen!

Fräulein: Das eine Paar ist leider gänzlich zerrissen.

Die Dame hinter dem Tisch: Nun, und das andere?

Fräulein erwidert: Da gucken auch schon die Beiden durch.

Der Herr rechts neben ihr räuspert sich, der Arbeiter zu ihrer Linken sagt: Na, machen Sie's man halbweg, Fräulein! ein Junge hinter ihr prustet laut lachend los.

Ja, mit die Dessous, sagt eine Stimme aus dem Hintergrund, damit kann man heut keine Bilder rausstellen.

Die nächste an der Reihe ist eine dicke Matrone von kugelförmigen Dimensionen, die an eine Pyramide von Tischsternen mit einem Edames auf der Spitze erinnert.

Die Dide: Ich brauche ein Paar Hosen.

Die Dame hinter dem Tisch: Hier sieht ja nicht, für wen!

Die Dide: Na, für mich doch.

Die Dame hinter dem Tisch: Wieviel Paar Weinsfelder haben Sie?

Die Dide: Wieviel Hosen ich habe? Du lieber Gott, muß man das hier auch auseinanderkloppeln?

Die Dame hinter dem Tisch: Gewiß muß man das. Also?

Die Dide: Zwei Paar, aber solche dünneln...

So geben Sie ihr doch schon ein Paar dicke, sagt ein Herr. Damit wir weiterkommen.

Die Dame hinter dem Tisch läßt sich nicht beirren: Sommer- oder Winterweinsfelder?

— Winter, logt die Frau, die an die Weinsfelder denkt, die sie haben möchte.

— Dann kann ich Ihnen keine bewilligen! erklärt die Westrenge hinter dem Tisch, und wie die Dide schluchzend gähnelnde Blide schließt, kommandiert sie: Wenden Sie sich an den Herrn auf Nummer 4! Gebrochen wandt die Tischsternpyramide mit dem roten Edameselbst zur Tür hinaus, dem Herrn auf Nummer 4 ihre Götinnen zu flagen.

Ein Herr ist dran. Er räuspert nervös an der Krawatte, nimmt sich ein Stückchen vom Kermel! Das Schreckliche, das nun kommen wird, macht ihn zittern.

Die Dame hinter dem Tisch leucht: Ein Oberhemd? Wieviel Oberhemden haben Sie?

Der Herr so leise wie möglich: Keins!

Die Dame hinter dem Tisch kommt zum erstenmal aus der Ruhe. Sie, Sie! schreit sie, wild mit dem Bezauberer um sich fustelnd, wollen Sie sich lustig über uns machen? Wollen Sie uns einreden, daß Sie kein Feind am Leibe tragen, keine bei sich zu Hause haben?!

Der Herr zuckt zusammen. Er schämt einmal bessere Tage gesehen zu haben, denn das Gespräch ist ihm offenbar peinlich, obwohl diesmal niemand lacht.

— Nun? fragt die Dame hinter dem Tisch.

— Es ist ein Nachthemd, handelt der Herr, selbst so bleich wie das Hemd, auf das ich in diesem Moment aller Wille richtet. Und als ihn die Dame ungläubig anstarrt, rafft er sich zusammen und verflucht mit dem Bezauberer der Ehrlichkeit: Mit einem Chemiestückchen bräuer.

Die Dame hinter dem Tisch läßt ihn noch einmal vor aller Welt betreten, daß er wirklich kein Oberhemd habe, dann wälzt sie den Schein aus. Der Mann ohne Oberhemd tritt mit schämig gesenkten Wänden aus der Reihe.

Die Aufgaben der Chemie.

Im Württembergischen Bezirksverein des Vereins Deutscher Chemiker sprach Prof. Stodt über die Aufgaben der Chemie. In scharfen, kurzen Abrissen führte er durch die Jahrhunderte der geschichtlichen Entwicklung. Einst war das Streben nach dem Stein der Weisen das Leitmotiv in der Chemie. Viel hätte keine Entdeckung der

Menschheit nach Ansicht Prof. Stodts wohl nicht genügt, denn er zitierte die Worte Repubikos: „Wenn sie den Stein der Weisen hätten, der Weisheit mangelte dem Stein“. 1423 wandte sich die englische Regierung an die gelehrte Gesellschaft und forderte sie auf, zu Gott zu beten, damit doch der Stein der Weisen entdeckt würde und daß man so die englischen Staatsschulden bezahlen könnte. Nicht ausgedrückt, so meint Stodt, daß auch andere Regierungen sich in diesem Punkte mit der englischen begeben können.

Ueberraschend war die Entwicklung der Chemie in Jahrhunderten und folgen wir den Ausflüchten Stodts über die letzten Jahrzehnte, dann sehen wir, daß die Chemie als Wissenschaft wie als Technik in geradezu unglaublich kurzer Zeit zu einem mächtigen Faktor geworden ist. Im Anfang der vierziger Jahre erklärte eine amerikanische Fachzeitschrift, daß dasjenige Land, das die besten Chemiker besitze, auf die Dauer das reichste sein werde. Rüstung, Waffen wickeln die Chemiker ihm liefern. Die beste Volksgesundheit und die beste Nahrung seiner Bodenschätze würde dieses Land den Chemikern danken. Deshalb bedeutet die Erziehung des Volkes in Chemie und Naturwissenschaften die denkbar beste Kapitalanlage. Daß Deutschland dies frühzeitig erkannte, brachte ihm seine großen Erfolge. Die modernen Erfindungen auf dem Gebiet der Erfindungen fesselten dem Kopf eines einzigen, Sie sind das Ergebnis mühseliger Arbeit einer Welt, erzwungen im Schützenrodenkrieg von einem Heer wissenschaftlicher Chemiker. Ein solches Heer von Chemikern besitzt Deutschland, seit Liebig das erste wissenschaftliche Hochschulgelaboratorium gründete. Der Weltkrieg stellt alle Kräfte der Völker auf eine erbarmungslose Probe und auch die deutschen Chemiker wurden ihr unterworfen. Während haben sie so bestanden. Und hinter der Technik ist die Wissenschaft nicht zurückgeblieben. Die Gasmaske ist der modernste Panzer der chemischen Wissenschaft.

Wenn auch der Krieg zweifellos befruchtend auf die Chemie gewirkt hat, er hat ihr scharflich auch schwere Wunden geschlagen. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses stößt, während unsere Feinde auf eifrigste bemüht sind, das Verdammte nachzubolen, die deutsche chemische Technik aufzufüllen. Große Summen werden hierfür zur Verfügung gestellt. Auch wir müssen in Zukunft unser Chemikerheer schlagfertiger halten. Unterrichts- wie Finanzministerium werden einbeziehen müssen, daß hier nicht mit dem Maß gemessen werden darf, wie vor dem Krieg. Die Kosten stellen einen Wertbetrag dar, der aufgebracht werden muß, auch wenn sonst überall die größte Sparmaßnahme vorhanden ist. Auch in Mittel- und Volksschulen darf die Chemie hinter der Physik nicht zurückbleiben. In Gymnasien muß sie eindringen. Es geht nicht an, daß während sich die Chemie die Welt erobert, sie den Massen fremd bleibt.

Die Zivildienstpflicht der Ameisen.

Auch in Bezug auf die vaterländische Zivildienstpflicht gilt das Wort des weisen Rabbi ben Abba. In einem der vollkommensten Staatswesen ist die Heranziehung aller Individuen schon längst eingeführt, nämlich im Ameisenstaat. Bei diesen geistig höchststehenden Insekten gilt die allgemeine Arbeitsleistung und der Arbeitswahn zum Nutzen des Staatsorgans als oberstes Gesetz. Nicht nur, daß bei den Arbeiten des Friedens, Anlagen von Kolonien, Nesterbau, Nahrungsmittelbeschaffung usw., alle Mitglieder der Kolonie mit Hand anlegen müssen, auch bei kriegerischen Unternehmungen, sei es zu Verteidigung, sei es zur Abwehr feindlicher Angriffe, werden alle Kräfte zur Verteidigung herangezogen. Bei einigen Arten, so bei der Treibermotte, unterscheiden sich die „Soldaten“ von den „Arbeitsmännern“ dadurch, daß erstere einen um 6 bis 10 mal größeren Kopf haben als letztere, wobei die Großköpfigen die Führung übernehmen und das Arbeitsheer in Schach halten. Jedes der Arbeiter der Ameisenheere, beobachtet an der Heranziehung dieses Plüses Ameisenheere von vielen Tausenden, die sich in breiten Kolonien davorwärts bewegen. Würden sie auf ihrem Vormarsch gestört, so ergreifen sie die Offensive, deren sich weder Mensch noch Tier kaum zu erwehren vermöchte. Einmal beobachtete Bates auch, wie die Ameisen am Rande eines Hügel in die Erde Minen bis zu 20 Zentimeter Tiefe gruben. Beim Anlegen der Minen herrschte vollste Arbeitsteilung. Ein Teil grub, der andere schaffte die ausgegrabenen Teile fort. Feiern durfte niemand. „Nach 2 Stunden“, so erzählte Bates, „waren die Nester ausgenommen und in einzelnen Hagen bewegten sich die Sieger den Hügel hinunter, um sich am Fuße des Hügel gleichmäßig zu formieren, um wie im Triumph abzuziehen. Man ersieht daraus, daß das Leben der Ameise, das nach Blutarth, der Spiegel aller Tugenden, der Tapferkeit, Klugheit und Gerechtigkeit“ ist, die Zivildienstpflicht als uralte feststehende Staatsverfassung kennt.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Gertrud Dieselbahn legte die Bühne fest aufeinander, ein Weinen wollte ihr kommen, aber sie zwang es nieder. Was, auch noch weinen? Hatte sie nicht schon genug geweint, als er sie sitzen ließ? Und genug heimlich geweint, als sie von anderen hörte, Gustav Krüger werde vernichtet seit Dignuiden, seine Mutter habe gar keine Nachricht von ihm. Nun, jetzt würde sie doch nicht etwa weinen vor Freude, daß er noch am Leben war? Was ging sie das an? Tot oder lebendig, ihr konnte es gleich sein! Das Mädchen machte ein steinernes Gesicht, es strebte sich loszumachen, aber die Hand der Krüger hielt fest.

„Hören Sie denn nicht, verstehen Sie denn nicht?! Der Gustav!“ Die Hand der Mutter schüttelte die nassen verwaschenen Fingern. „Der Gustav ist noch am Leben. Er ist nicht tot. Er ist nur gefangen. Und ich kann ihn schreiben — ich schreib noch heute — soll ich ihn grüßen von Ihnen? Was — was sagen Sie nun?“

Gertrud hatte einen unwillkürlichen Ausruf getan in Freude und Schmerz. Nun sagte sie langsam, sich mit der freien Hand an die Stirn lassend und die Augen schließend, als schwindete es ihr: „Woher wissen Sie das?“

„Woher? Hier, sehr Sie mal!“ In triumphierender Freude zog die Mutter aus ihrer Tasche das Blatt. Und wie sie es vordem Frau Bertholdi getan hatte, so hielt sie es jetzt der Dieselbahn dicht vor Gesicht: „Nennen Sie ihn wieder, nennen Sie ihn? Der da, der so krumm dastet! Er hat sich nie gerade gehalten. Und abgefallen ist er auch mächtig. Gefangen — na, denn kann's einen ja auch nicht verwundern. Aber sein altes liebes Gesicht ist es doch noch. Der Gustav!“

Der Jünger, mit dem sie immer wieder auf die jugendlich-samantartige Gestalt eines Gefangenen, der den Kopf gekent, betrübt dastand, getupst hatte, fuhr jetzt, wie lebendoff freudig, übers Papier. „Der Gustav — das ist er! Erkennen Sie ihn?“

„Den da kenn' ich nicht.“ Gertrud schüttelte ernst den Kopf. „Sie irren sich wohl.“

„Ja, mich irren?“ Nun lachte Frau Krüger förmlich hell auf. Und dann sah sie das Mädchen mißbilligend, verächtlich fast von der Seite an. „Wenn Sie ihn auch nicht erkennen,

ich erkenne ihn.“ Sie fühlte sich plötzlich ernüchtert, in ihrem christlichen Entgegenkommen zurückgestoßen, verächtelt. Es brädelte etwas von ihrer Freude ab. Ja, was so'n Mädchen Liebe nennt! Die erkannte ihn ja nicht einmal! Am liebsten hätte sie sich umgedreht und wäre fortgegangen — was wußte die denn, wie ihr zumute war — aber das Geschrei des Kindes hielt sie fest. Am Ende mußte sie sich das doch einmal ansehen; wer weiß, vielleicht hatte es gar keinen Zug von ihm! Ein höchlicher Verdacht stieg wieder in ihr auf. Sie hatte damals nicht ohne Grund den Sohn geirret, die Dieselbahn sollte früher einmal etwas flott gewesen sein. Jetzt sah sie freilich nicht danach aus. Rührerlich, recht blaß. Der täte schon eine gute Pflege not. Es war nicht angenehm, daß dem Gustav zu schreiben. „Kann ich den Kleinen mal sehen?“ fragte sie kleinlaut.

Das Mädchen antwortete nicht, es zuckte die Achseln. Aber dann machte es doch eine einladende Handbewegung. Es ließ die Frau vor sich eintreten.

Die Stube war sehr bescheiden eingerichtet: ein Bett, ein Tisch, ein paar Stühle, ein Schrank, am Fenster die Nähmaschine und neben dem Bett in einem alten Kinderwagen das Kletne.

Es hatte aufgehört zu schreien, als ob es den Eintritt der Mutter schon wahrnehme. Die Augen in dem runden Köpchen guckten groß und blau. Die Krüger bekam einen förmlichen Schreck: die Dieselbahn hatte braune Augen, das aber waren Gustavs Augen, auffallend große Sterne, von langen dunklen Wimpern umfaßt. Sie war früher oft auf Gustavs Augen angesprochen worden, als sie ihn noch auf dem Arme trug. Und dieses Kind hatte dieselben hübschen Augen, die er als Kind gehabt, und die er auch jetzt noch hatte. Sie beugte sich über das Bettchen; sie hatte den Wunsch, den Jungen einmal heranzunehmen, auf ihrem Arm zu halten.

Aber das Mädchen kam ihr zuvor. Es stieß den Wagen mit dem Fuß in die Erde und sagte unwirsch: „Schrei halt!“ Dann kehrte es ihm wieder rot gewordenes Gesicht der unwillkommenen Besucherin zu: „Was wünschen Sie eigentlich?“

Die Krüger wurde ganz verlegen, der Ton der Dieselbahn war so abweisend-barisch. Aber recht hatte die ja eigentlich: warum sollte sie besonders höflich und freundlich sein? „Na, wegen Gustav — ich wollte — ich dachte doch. Sie würden sich auch freuen, daß er noch am Leben ist.“

Die heißeste Hitze.

Es gibt eine untere Grenze der Temperatur; sie liegt bei dem sogenannten absoluten Nullpunkte (minus 273 Grad) und ist nach heutigen Anschauungen nicht erreichbar. Eine obere Grenze der Temperatur gibt es dagegen nicht, und den Technikern wie den Physikern ist es gelungen, die Hitzegrade, die künstlich zu erzielen sind, fort und fort zu steigern. Die Technik hat sich lange Zeit mit Dingen befaßt, deren Temperatur noch nicht einmal 2000 Grad betrug; in neuerer Zeit hat man mit viel stärkeren Hitzegraden zu arbeiten gelernt: das Knallgasgebläse erreicht höhere Temperatur, und als vor 22 Jahren Hans Goldschmidt in Essen mit seinem sogenannten „Thermit“ (Aluminium und Eisenoxyd) hervortrat, war man bis auf Temperaturen von rund 5000 Grad gekommen, die technisch verwertbar sind. Wenn man ein Knallgasgebläse anwendet, in dem Weithen mit Sauerstoff verbrannt, können Temperaturen von 5500 Grad erzielt werden. Woison hat bei seinen Versuchen, im elektrischen Ofen künstliche Diamanten herzustellen, keine höheren Hitzegrade erreicht. Bis vor kurzem war die höchste Hitze wohl die, die zwei Engländer, Sir Andrew Noble und Sir F. Abel, dadurch erzielten, daß sie einen Sprengstoff, Korbit, in einem Stahlzylinder verbrannten, sie erreichten 5200 Grad, und amerikanische Arbeiter hatten dies noch heute für die höchste erreichte Hitze. Es ist aber kurz vor dem Kriegsausbruch dem Dresdener Physiker Otto Lummer gelungen, diesen Hitzegrad weit zu übertreffen: bei seinen Versuchen über Schmelzung des Kohlenstoffes mit Hilfe einer neuen Form der Hohlglampe, die mit Nessler-Druck arbeitet, konnte er die auf 6000 Celsiusgrade angemessene Sonnen-temperatur übertreffen; es gelang ihm, die Temperatur bis auf 7800 Grad zu steigern.

Die Kirchen für weltliche Versammlungen auf!

Im „Deutschen Willen“ (Kunstwart) lesen wir: Immer wieder sollte der Ruf aufstehen und immer weiter sollt' er sich verbreiten: Öffnet die Kirchen für weltliche Versammlungen! Seit ich ihn das erstemal erlob, ist freilich auch aus unserem Kreise der Volkshausgedanke ausgegangen. Aber die beiden Wünsche widersprechen sich nicht. Volkshäuser sind eine treffliche Sache, vorläufig jedoch haben wir erst sehr wenige davon, und auf lange hinaus werden wir ihrer nicht viele haben, wogegen eine Kirche in jedem Dorf steht. Welch Lage liegt sie in der Wüste leer. Sie, oft der einzige würdige öffentliche Raum, und noch viel öfter der einzige schöne, sie, die das Gefühl der Gemeinamkeit für die Bewohner samt allen guten Geistern des nicht-hoch-Geschäftsmasens wie kein anderer Bau anruft. Warum die Waldversammlungen, wo's um Gemeinde, Vaterland, Deutsches Reich geht, in den Aneipen und Tanzsälen statt in den Kirchen? Warum Feste, welche die Kunst betonen soll, warum ecklich gemeinte Ausprob- und Lehrstunden, warum auch nur eine eilere Unterhaltung durch den Raum herabziehen statt hinaufkommen? In unseren hunderttausend Kirchen haben wir ein brachliegendes Kulturkapital, das ein werdendes werden könnte. Die Kirchen für weltliche Versammlungen auf!

Notizen.

— Märchenvorlesung. Am Sonntag liest Reibel D'inge in der Leschalle der Deutschen Gesellschaft für christliche Kultur, Kunststr. 25, Märchen vor. Anfang 4 Uhr, Eintritt frei.

— Ein Forschungsinstitut für Textilforschung soll in Anlehnung an die bisher in Karlsruhe bestehende Forschungsstelle für das Deutsche Reich errichtet werden.

— Eine neue deutsch-russische Zeitung erscheint im revolutionären Rußland. Das Blatt, „Die Fackel“ genannt, zeigt über dem Titel den Wahlspruch: „Proletariat aller Länder vereinigt sich!“ und ist als „Organ der russischen revolutionären Arbeiter-, Soldaten- und Bauernregierung“ bezeichnet. Es wird unentgeltlich unter den deutschen Brüdern verbreitet und dient der bolschewistischen Propaganda.

— Ein Luftverkehrszentrum zwischen Palermo und Neapel ist zur Verbesserung des Postverkehrs eingerichtet worden. Die Fahrtdauer beträgt drei Stunden. Die guten Erfolge mit der Briefpost haben die italienische Postverwaltung ermuntert, auch kleinere Patete auf diesem Wege zu befördern.

— Die ersten französischen Tabakarten. Der Bürgermeister von Valence hat als erster die praktische Schlußfolgerung aus der französischen Tabakart gezogen. Er ließ Tabakarten drucken, die sofort in Kraft treten sollen. Personen unter 18 Jahren sind vom Bezuge der Tabakarten nicht berechtigt.

„Wer sagt Ihnen denn so sicher, daß er noch am Leben ist? Das Bild da?“ Mit einer graufamen Deutlichkeit sprach die Dieselbahn jedes Wort aus. „Ich glaube noch nicht dran. Glaube überhaupt nicht dran. Glaube überhaupt nichts in der Welt mehr. Wenn man einmal so geglaubt hat wie ich, und es war dann doch nichts, dann glaubt man nicht mehr.“ Ein verbitterter Zug grub sich um ihren Mund, sie kreuzte die Arme über der Brust und sah finster drein.

Die arme Person! Gustavs Mutter fühlte plötzlich großes Mitleid. Alles, was sie damals nicht empfunden hatte, als sie den Sohn von dem Mädchen abzubringen suchte, das empfand sie jetzt. Sie streckte die Hand aus. „Fräulein Dieselbahn“, sagte sie versöhnlich, „ich bin gekommen in meiner großen Freude. Seit Oktober voriges Jahr habe ich auf Nachricht von meinem Sohn gewartet, nu weiß ich endlich, daß er noch am Leben ist — und ich bin so froh, so dankbar, so — so —“ sie stockte einen Augenblick, überlegte; nicht zuviel versprechen. Aber dann stieß sie es förmlich vorwärts, rasch schloß sie: „Ich will dem Gustav 'ne Freude machen. Und das wird ihn freuen: kommen Sie zu mir, heute, morgen, wann Sie wollen! Holen Sie sich was von Gustavs Kinderwäsche — und auch sonst noch was. Und nu darf ich wohl mal den Kleinen aufnehmen?“

Obne erst Antwort abzuwarten, trat sie rasch zum Wagen, nahm das strampelnde Kind heraus und hob es mit beiden Armen hoch. Der Kleine krächte. „Na siehste, da biste ja! Du bist aber schon 'n Kerl. Ei, du, du!“

So hatte die Krüger mit ihren Kindern, von denen nur der Gustav noch am Leben war, — die zwei anderen waren klein gestorben — dereinst auch geschäkert. Es wurde alles wieder wach, wieder lebendig. „Wie alt ist er denn jetzt? So'n strammer Junge!“ Sie war entzückt.

„Erst vier Monat!“ Nun lag doch ein gewisser Stolz im Ton der jungen Mutter, der langsam nicht mehr so abweisend. Sie wurde gesprächiger. „Er war gleich von Anfang an so kräftig. Die Hebamme sagte: ‚Sicher acht Pfund.‘ Das macht die gute Luft hier draußen; viel anderes kann ich ihm ja auch nicht geben.“

„Nähren Sie selber?“

„Das kann ich nicht. Ich hab meine Beschäftigung. Die Frau, bei der ich hier wohne, sieht nach dem Kind. Es ist 'n Zufall, daß ich heute zu Hause bin. Ich bekomme Milch für den Jungen.“

(Fort. folgt)



## Die Engländer verlassen Archangelsk.

Amsterdam, 8. Januar. Wie ein hiesiges Blatt aus London meldet, haben die englischen Schiffe Archangelsk verlassen, nachdem die Depots, die die Alliierten dort eingerichtet hatten, abgedrochen und eingeladen worden waren. Wie verlautet, sind auch die französischen Schiffe aus dem Eismeere verschwunden.

## Beginn der Zwangsernährung in England

Amsterdam, 4. Januar. (Meuter.) Lord Rhondda, der Minister für das Ernährungswesen, hielt heute in London eine wichtige Rede über die Lage der Lebensmittelversorgung. Er sagte: Mein ganzes Sinnen ist ersten und letzten Endes darauf gerichtet, den Krieg zu gewinnen. Alles andere ist nebensächlich. (Beifall.) Nebenfalls müssen alle anderen Interessen, ob begründet oder nicht, in den Hintergrund treten, damit wir den Krieg gewinnen. Mangel an gewissen Nahrungsmitteln ist unvermeidlich. Kürzlich bestand zum Beispiel Mangel an Getreide, wie Butter und Margarine, doch ist nichts Beunruhigendes in unserer Lage. Unser Volk hat keinerlei Entbehrungen zu tragen, die denen Deutschlands gleichen, wo die wöchentliche Fleischration weniger als ein halbes Pfund beträgt. Lord Rhondda erwiderte sodann die Frage der zwangsweisen Rationierung und sagte: Wir wissen, daß jetzt in Deutschland eine große Empörung über die Tatsache besteht, daß die Reichsregierung trotz Rationierung und Kartensystem erheblich mehr erhalten, als ihnen zusteht, mit dem Ergebnis, daß die Armen nicht das erhalten, was sie erhalten könnten. Die Rationierung wenigstens einiger Nahrungsmittel ist unterwegs. Wir sind gegenwärtig damit beschäftigt, den Entwurf für eine Zwangsernährung zu vollenden. Dieser wird dann dem Kabinett vorgelegt und, sobald dieses die Genehmigung erteilt hat, so schnell wie möglich zur Durchführung gebracht werden.

## Wilson an Lloyd George.

London, 3. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Lloyd George empfing folgende Botschaft des Präsidenten Wilson: „Ich bin sicher, der Dolmetscher sowohl der Gefühle und Absichten des Volkes der Vereinigten Staaten, wie meiner eigenen zu sein, wenn ich Ihnen und durch Sie der Regierung und dem Volke Großbritanniens eine Botschaft der Freundschaft und des guten Willens überbringe, welcherhin jede Hand und jede Hilfsquelle in den Vereinigten Staaten vor die gebieterische Aufgabe und Pflicht zu setzen, für die Welt einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden zu erkämpfen, der sich auf Gerechtigkeit und Ehre aufbaut und den Völkern der Welt, den großen wie den kleinen die gleiche Behandlung sichert. Ihre eigene Botschaft im Namen des britischen Kabinetts wird hoch eingeschätzt und findet bei uns freundlichen Widerhall.“

## Kammerauflösung und Neuwahlen in Spanien.

Madrid, 3. Januar. (Havas.) Der König hat einen Erlaß unterzeichnet, durch den die Kammer aufgelöst wird. Die Neuwahlen werden auf den 17. Februar festgesetzt, der Zusammentritt der neuen Kammer auf den 11. März.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 3. Januar. Im St. Georgs- und Bristol-Kanal wurden durch U-Boote 7 Dampfer und 1 Segler mit rund 24 000 Br.-Keg.-To.

vernichtet. Unter den Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer *Charleston* mit Kohlenladung und vier schwer beladene bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach auffallender schwerer Detonation sofort sanken. Vom englischen Dampfer *Charleston*, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergeschlagen wurde, ist ein Gefäß erbeutet worden. Zwei Leute der Gefahrdienung wurden gefangen genommen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Deutsche Cambrai-Beute.

Berlin, 4. Januar. Vom 20. November 1917 bis zum 2. Januar 1918 haben die Engländer allein auf dem Schlachtfeld westlich Cambrai 227 Offiziere, 9600 Mann an Gefangenen verloren. An Beute wurden ihnen während der Cambraikämpfe 172 Geschütze, 724 Maschinengewehre und 19 Minenwerfer abgenommen. Außerdem eroberten die siegreichen deutschen Truppen, die den Anfangserfolg der Engländer in kurzer Zeit in eine aufgewühlte Nichtigkeit Niederlage verwandelten, 32 deutsche Geschütze zurück, die bei dem ersten englischen Einbruch in die Hand des Feindes gefallen waren. Von den über 300 eingeschleppten Tanks verloren die Engländer 107, von denen 75 hinter den deutschen Linien in unsere Hände fielen, während 32 zwischen den englischen und deutschen Gräben zertrümmert und zerföhren liegen geblieben sind. Dieser Verlust beträgt mehr als ein Viertel des englischen Gesamtbestandes an Kampfkraftwagen.

## Die Bombe auf Goes englisch.

Onag, 5. Januar. (Correspondenz-Bureau.) Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilt mit: Die Untersuchung der Scherben der am 22. Dezember auf Goes abgeworfenen Bomben, durch die ein Einwohner des Ortes getötet wurde, hat ergeben, daß die Bomben ganz anders konstruiert waren als die in früheren Fällen gefundenen. Auf einem Stabilisierungsflügel wurden aber noch Ueberbleibsel einer Zigarette mit englischer Aufschrift gefunden, woraus hervorgeht, daß die Bomben offenbar englische Fabrikate waren. Infolgedessen wurde der niederländische Gesandte in London beauftragt, die britische Regierung zu ersuchen, eine gründliche Untersuchung darüber einzuleiten, ob die Verletzung der Neutralität durch die Bomben auf einen britischen Flieger zurückzuführen ist.

## Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Nach Schluß der Sitzung des Hauptausschusses am Freitag traten die anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sofort zu einer Besprechung zusammen. Die Aussprache über die Situation ergab eine völlige Uebereinstimmung. Da ein Teil der Fraktionsmitglieder Berlin bereits verlassen hatte, wurde beschlossen, eine Fraktionsitzung für Sonntagmittag 1 Uhr einzuberufen.

## Amtliche Verschleierungstaktik.

Seit einiger Zeit werden über die Reden des Reichskanzlers und der Staatssekretäre im Hauptauschuß des Reichstags amtliche Berichte ausgegeben. In dem amtlichen Bericht über die kurze Rede, die der Reichskanzler am Donnerstag im Hauptauschuß gehalten hat, fehlten die vom Grafen Hertling gesprochenen Worte, daß man bei den Friedensverhandlungen mit Zwischenfällen rechnen müsse. Der amtliche Bericht über die am Freitag gehaltene Kautzlerrede enthält jedoch eine Bezugnahme auf diese Angelegenheit, die der Kanzler am Donnerstag ausgesprochen hatte. Wenn die Mitteilungen des Reichskanzlers über den Zwischenfall in Drest-Pitowol die große Öffentlichkeit nicht noch mehr überrascht haben, als es tatsächlich der Fall war, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Presse sich mit dem amtlichen Bericht über die Donnerstagsitzung nicht begnügt hat.

## Die Berliner Presse zum Abbruch der Verhandlungen mit der russischen Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ legt Gewicht darauf, daß der Reichskanzler den Abbruch der Verhandlungen von Drest-Pitowol als einen Zwischenfall bezeichnet hat, und warnt die russische Regierung, sich mit den Entente-mächten einzulassen, deren Ziel nicht die Verzögerung, sondern die Verlängerung des Krieges ist. Nur die „Vossische Zeitung“ und in etwas abgeschwächter Form das „Berliner Tageblatt“ sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Zwar zweifelt die „Vossische Zeitung“, ob die Friedensversuche gescheitert sind, aber sie fährt fort:

„Der Hauptausschuß, der nunmehr sehr wohl in der Lage ist, die möglichen Konsequenzen der jüngsten Regierungspolitik zu übersehen, hat jetzt die ernste Pflicht, die Mächte auf jenen Weg zu fordern, der durch die deutschen Vorschläge vom 25. Dezember klar und eindeutig vorgezeichnet, der aber am 28. Dezember wieder verlassen worden ist. Der Ausschuß hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht durch eine Fortsetzung dieses Abwärtens die politische Führung aus der Hand der Entente gleite, was nicht nur eine Verzögerung, sondern vor allem eine grundsätzliche Verschlechterung des Friedens, auch im Sinne seiner Dauerhaftigkeit zur Folge haben müßte.“

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt die Ablehnung Stockholms als Verhandlungsort für gerechtfertigt, betont, daß die Mehrheitsparteien einen dauernden, für jede russische Regierung annehmbaren Frieden erstreben haben, und glaubt, daß es sich in den nächsten vierundzwanzig Stunden zeigen wird, ob es nur ein Zwischenfall war oder ob die Bolschewiki-Regierung einen Frieden, bei dem Polen, Litauen, Kurland und Teile von Ostland und Estland aus dem russischen Reich ausgeschieden und über ihr weiteres Schicksal selbst bestimmen, endgültig verwirft. Das Blatt behauptet, daß sich die Bolschewiki mit einer solchen Haltung in Gegensatz zu dem von ihnen selbst proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker setzen.

Ganz anders ist die alldeutsche Presse gestimmt. Sie jubelt mit voller Lungenkraft, daß das Friedensgespenst vorübergegangen ist und die so lebhaft gehegten und geduldeten Friedensbesürchtigungen mindestens im Augenblicke verschwinden sind. Sie verläßt sich darauf, daß das größere Friedensbedürfnis auf Seiten Russlands ist, und macht aus ihrer bisher verdrängten Verachtung der Bolschewiki keinen Hehl. Die „Tägliche Rundschau“, die zugleich die Gelegenheit für einige Angriffe auf Erzberger geeignet findet, triumphiert, daß die „Annäherung des bolschewistischen Naturburschentums“ zurückgewiesen ist. Die „Deutsche Zeitung“ ruft entzückt: „Vom 25. Dezember!“ fordert, daß sich die deutsche Regierung unter keinen Umständen mehr an die Bähr von Selbstbestimmungsrecht der Völker gebunden glaubt, und spricht schließlich das große Wort gelassen aus, daß jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen sei, „wo wir die ganze Länge des 19. Juli von uns werfen können und müssen“. Da sich die Regierung zu der Friedensentscheidung des 19. Juli bekannt hat, so heißt das nichts anderes, als daß die „Deutsche Zeitung“ Regierung und Reichstag der Verrätherlichkeit acht und so mit bedenkenloser Superstolzigkeit den Lloyd George und Clemenceau in die Hände arbeitet, die die deutsche Regierung immer als unzuverlässig und verlogen, den Reichstag als ohnmächtig hingestellt haben. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ beschuldigen den „Vorwärts“, der russischen Regierung, die ihre Erklärungen mit der Unaufrichtigkeit der deutschen Vertreter begründete, Schwurzeugnisse geleistet zu haben.

Wie der Abgeordnete David und der „Vorwärts“ unterstellen auch die russischen Bolschewiki den deutschen Unterhändlern die Absicht, daß sie sich in illoyaler Weise ihrer Aufgabe betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Graf Hertling weist diese Unterstellung scharf zurück.

Graf Revenilow betätigt sich in der „Deutschen Tageszeitung“ als amüsanter Detektiv und wittert einen Zusammenhang zwischen dem Aufenthalt Scheidemanns in Stockholm und dem Wunsch der russischen Regierung, die Verhandlungen dorthin zu verlegen.

„Wir möchten nicht glauben, daß sie, insbesondere der lange Aufenthalt Herrn Scheidemanns in Stockholm an dem Zutreten der Russen die Verlegung der Verhandlungen dem Deutschen Reich aufzuzwingen unbedeutend sei.“

Somit verlangt dieser geistreiche Witzbold, daß die deutsche Regierung ihre Erklärung gegenüber der russischen Regierung zurückziehe und „die Verhandlungen mit Rußland auf eine neue feste und national entsprechende Grundlage stelle“.

## Die Nationalliberalen als Annexionstreiber.

Die Nationalliberale Correspondenz teilt mit: Die nationalliberale Reichstagsfraktion trat am 3. Januar zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Der Vorsitzende gab eine eingehende Darstellung der außenpolitischen Lage, insbesondere der Friedensverhandlungen in Drest-Pitowol. Die sehr energiegelade und ausführliche Aussprache ergab eine in allen grundlegenden Fragen übereinstimmende Auffassung. Insbesondere war die Fraktion darin einig, daß irgendeine Verlängerung des den Entente-mächten angebotenen Termins zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen eintreten dürfe, auch nicht, wenn sie von anderer Seite etwa verlangt werden würde. Ebenso stellte sich die Fraktion einmütig auf den Standpunkt, daß in bezug auf die wichtige Frage der notwendigen strategischen Grenzversicherungen dem Urteil der Obersten Seeresleitung maßgebende Bedeutung zukomme.

Die „Deutsche Tageszeitung“ begrüßt diese Entfälschung der nationalliberalen Fraktion mit ungeheurer Freude und benutzt die Gelegenheit, die Nationalliberalen vor den Verfälschungen zu warnen, denen sie nach dem mehr oder weniger bedingten Anschluß an die Reichheitsparteien ausgesetzt gewesen wären.

## „Tirpitz heraus!“

In der „Deutschen Tageszeitung“ schwingt sich ein munterer Poet namens Franz Graf zu einer Ode an Tirpitz empor, deren eine Strophen wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Und da sehn sie und sagen: Wir sind der Wille des Volkes! — Mit Mühen!“

Wo sah man je ein Volk von Sienem verzichten... verzichten! Brennt euch nicht die Scham, der Fluch der künftigen Geschlechter? Sie können dann betteln gehn auf der Welt! — Du einziger Wächter.

## Tirpitz heraus!

Herr Franz Graf wird es uns hoffentlich nicht übel nehmen, wenn wir uns auch ein wenig in seiner Kunst versuchen und ihm antworten:

Ja, wir sehen und sagen: Wir sind der Wille des Volkes! — Mit Mühen

feilschen wir Blut gegen Gold und Blut gegen Band! —

Wir verzichten,

Unersehliches zu opfern dem Kriege, dem grausigen Schicksal! Deutschland soll Freund sein der Welt! — Ihr Vaterlandspächter,

loht Tirpitz zu Haus!

## Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Wucher.

Auf einem Dortmunder Werk sollten wieder einmal die Arbeiter mit Sped beglückt werden. Das war an sich loblich. Aber dieser Sped war auf dem Wege des Schleichhandels erworben und die Arbeiter sollten für das Pfund Sped 13,75 Mark bezahlen. Dieser wucherischen Ausbeutung durch den Schleichhandel waren aber eine Anzahl Arbeiter überdrüssig geworden. Sie nahmen zwar, wie alle anderen, auch ihr Quantum Sped, sogar bis zu 8 Pfund, erklärten aber, als es anbezahlt ging: „Der Höchstpreis beträgt 200 Mark, die Ueberzahlung ist strafbar. Wir wollen uns aber nicht strafbar machen! Und sie legten in der Tat für jedes Pfund nur 2,00 Mark auf den Tisch des Kaufes nieder. Den Mehrbetrag kann die Werkverwaltung vom Lohne nicht in Abzug bringen, denn dann würde sie sich strafbar machen. Gegen das Verhalten der Arbeiter kann bestimmt nichts eingewendet werden. Sie haben sich dies eine Mal gegen den Wucher erfolgreich geschäft.“

So lobenswert die Selbsthilfe der Arbeiter auch ist, sehr weit werden sie damit nicht kommen, denn der Schleichhandel wird andere zahlungsfähige Käufer finden und finden, die den Wucherpreis zahlen. Nur durch gründliche vollständige Erfassung aller Warenvorräte und durch Entschlüsselung des Schleichhandels könnte der Allgemeinheit und damit auch den Arbeitern geholfen werden. Ob wir das freilich noch erleben werden?

Der Diener der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Herr Barisch, feiert an diesem Tage sein fünfundsingzigjähriges Jubiläum als Diener der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er hat sich in dieser Zeit Vertrauen und allgemeine Beliebtheit erworben.

## Letzte Nachrichten.

### Zur Krise der Friedensverhandlungen.

#### Zur Krise der Friedensverhandlungen.

Verhandlungen zwischen den Parteien und der Parteien mit dem Reichskanzler dauerten gestern den ganzen Tag über bis in die späten Abendstunden an. Nach einer interfraktionellen Besprechung der Mehrheitsparteien, d. h. des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie begaben sich Vertreter dieser Parteien zum Grafen Hertling. Die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß die Wehrheit auseinandergefallen sei, entspricht, wenigstens zurzeit, nicht den Tatsachen. Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen des Hauptauschusses einen bedeutsamen Verlauf nehmen werden, von dem dann auch die weitere Entwicklung der Dinge im Innern abhängen wird.

Zu unserem heutigen Leitartikel ist berichtigend zu bemerken, daß den Abgeordneten das topographische Protokoll der Friedensverhandlungen vom 28. Dezember zugänglich gemacht worden ist. Inwiefern dieses mit den Meldungen der Petersburger Telegraphen-Agentur übereinstimmt, verdient genauere Bestätigung. Gegen die Behauptung, die Russen hätten die Verhandlungen auf die Erklärungen der Mittelmächte hin abgebrochen, wird die Tatsache angeführt, daß sie sich mit der Einsetzung einer Spezialkommission zur Lösung der Selbstbestimmungsfrage einverstanden erklärten.

Der Versuch der Sozialdemokratie, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, ist noch nicht aufgegeben und gilt im Augenblick auch noch nicht als hoffnungslos.

### Kriegsdruf Clemenceaus.

Amsterdam, 4. Januar. In einer Botschaft an die „Daily Mail“ sagt Clemenceau: Wir werden niemals die Waffen niederlegen, das sind wir unseren Leuten schuldig. Das Andenken an sie sporn und an, uns über alle unterirdischen Rationierungen und über alles Jögern zu erheben. Unsere Sache steht besser als je; zum Beweise dafür brauche ich nur die bewundernswürdigen englischen Soldaten zu Zeugen anzurufen.

### Internierung von Deutschen in Italien.

Bern, 4. Januar. „Luzerner Corriere della Sera“ beschäftigt sich mit der gestrigen Ministerrat in Rom auch mit der Frage der Internierung der feindlichen Staatsangehörigen, besonders mit der Frage, ob für die deutschen Staatsbürger die gleichen Maßnahmen angewendet werden sollen wie 1915 nach der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn gegen die Oesterreich-ungarischen Bürger. Die Deutschen sollen in südlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungszahl interniert werden. Neben Lugano, Venedigo und Aquila wurden noch andere Gebiete zur Internierung bestimmt.

### Schneefälle und Verkehrsstörungen.

Berlin, 4. Januar. Die Störungen in den Fernsprecheinrichtungen nach Südwestdeutschland bestehen infolge erneuten Schneeeinfalles weiter. Auch die Fernleitungen nach Ostpreußen, besonders nach Königsberg (Pr.) sind in Mitleidenhaft gezogen.

Königsberg i. Pr., 4. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Infolge Schneeeinbrüchen koste der Zugverkehr auf dem größten Teil der Eisenbahnstrecken der Provinz. Die Berliner Post ist seit 2. Januar früh hier nicht mehr eingetroffen. Mit Eingang lang nicht gerechnet werden, bevor der Zugverkehr auf der Strecke Berlin-Königsberg wieder aufgenommen wird, was in kurzer Zeit zu erwarten ist.

